

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochensatz der Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Erich-Dumler)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 26.

Berlin, Mittwoch, 1. April 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

12. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter. — Sozial- und wirtschaftspolitische Fragen auf dem deutschen Landestage. — Baunarkt und Wirtschaftsleben. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeitung. — Verbands-Zeitung. — Literatur. — Anzeigen.

12. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter. (Fortsetzung.)

Den Kassenbericht erstattete der Schatzmeister Kollege Kaab. Der Bericht liegt gedruckt vor und zeigt mit dem Bestande von 319.134,99 Mf. eine Einnahme von 842.420,06 Mf. und eine Ausgabe von 467.208,34 Mf. Das Gesamtvermögen beträgt einschließlich des Vermögens der Begräbnisbeihilfe 375.211,72 Mf. An Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt in der Berichtsperiode 54.399,57 Mf., für Streikunterstützung 110.890,27 Mf., Unterstützung in außerordentlichen Notfällen 10.955,95 Mf., für Unzulässigkeitsabgabe 6725,80 Mf., für Bildungs Zwecke sind ausgegeben worden 37.242,38 Mf., für Begräbnisbeihilfen 8610 Mf., für Unterfützung- und Bildungs Zwecke insgesamt 228.997,13 Mf. Trotz dieser ansehnlichen Leistungen ist das Vermögen um 56.076,73 Mf. gesunken. Auch die Zahl der Mitglieder ist trotz der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur um 1522 gesunken.

Als 3. Referent sprach dann Kollege Rudraich über Mitgliederbewegung und Agitation. Der Referent erörterte in erster Linie die Lohnkämpfe, an denen Mitglieder des Gewerksvereins beteiligt waren. Diese Kämpfe waren hauptsächlich gerichtet auf Abschluß von Tarifverträgen. Der größte unter den Kämpfen war der Kampf um einen Lohntarif im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier, der leider ergebnislos verlief. Weitere größere Kämpfe waren in Elbing, Thale, Könnigsberg, Berlin usw. zu verzeichnen. Auch beim Auhbergarbeiterstreik war der Gewerksverein beteiligt. In vielen Bewegungen war ergebnislos, die Tatsache zu verzeichnen, daß die gelerntten Arbeiter für die Verbesserung der Löhne der ungelerten Mitarbeiter mit allen Kräften eingetreten sind, oftmals auch unter großen Opfern. Die Lehren der Werftarbeiterbewegung schilderte der Referent eingehend. Die Agitation wurde genehmigt durch die starke Entwicklung der gelben Bewegung. Die Landarbeiterorganisation hat sehr zu leiden unter dem Widerstand der Junker, die jede freie Bewegung der Arbeiter im Meime ersticken. Die Lohnbewegungen, die eine ganze Anzahl von Tarifverträgen zeitigten, trugen dazu bei, die Erkenntnis für eine größere Opferwilligkeit zu fördern.

Alle drei Referate ergänzten sich in vortrefflicher Weise. Sie wurden gemeinlich zur Diskussion gestellt, gemäß dem Beschluß der Vorversammlung. Die Diskussion war eine recht umfassende. Sie berührte sämtliche Fragen der Arbeiterbewegung. Alle Gebiete wurden gestreift, namentlich auch die Beziehungen des sozialistischen durch die Unternehmer und die Forderung der Koalitionsfreiheit durch die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Eine Erweiterung der sozialen Gesetzgebung wurde lebhaft befürwortet und als dringend notwendig hingestellt. Auch die Frage der Arbeiterausbildung wurde für die Arbeitgeber von großer Bedeutung. Eine Erweiterung dieser Gesetzgebung ist dringend geworden, da die Unfälle im Bergbau sich erheblich gesteigert haben. Das jetzige

Sicherheitsmänner-System genüge durchaus nicht; es wirke tatsächlich wie „weiße Salbe“. Die Ausnahmegerichte für Landarbeiter wurden gleichfalls scharf kritisiert. Der Kulturanstieg der deutschen Arbeiterklasse wird dadurch gehindert. Die Fragen der Agitation und Selbständigkeit der einzelnen Mitglieder und Ortsgruppen in allen Fragen der Arbeiterbewegung muß das Ziel einer Erziehungsbewegung aller Gewerksvereine sein. Die Einrichtungen der eigenen Begräbniskassen des Verbandes sowohl als des Gewerksvereins und der gemeinnützigen Volksversicherung A. G. sollen in den Mitgliederkreisen mehr gefördert werden. In wirklichen Schlusssätzen gingen die Referenten noch einmal auf die ganze Tätigkeit des Gewerksvereins ein. In der ganzen Diskussion trat der ernste Wille zu Tage, trotz aller Schwierigkeiten energisch zu arbeiten, um vorwärts zu kommen. Es herrschte ein vorzüglicher Ton in der ganzen Debatte. Selbst bei den Streitigkeiten in Berufstrennungsfällen wurde jede Schärfe vermieden. Die Debatte über die 3. Referate konnte am Dienstag Nachmittag beendet werden. Es wurde dann in die Beratung der Anträge zum Statut eingetreten.

Die Beratung der Anträge zum Gewerksvereinsstatut brachte eine Generaldiskussion über die Frage der Beitragserhöhung, wie sie von einer Anzahl von Vereinen beantragt wurde. Die Notwendigkeit einer größeren Opferwilligkeit wurde schon bei der Debatte über den Tätigkeitsbericht anerkannt. Dies geschah auch in dieser Aussprache. Eine Arbeiterorganisation muß gewappnet sein, um den kommenden Stürmen der Arbeiterbewegung begegnen zu können. Das Vorgehen der Unternehmerorganisationen, das Koalitionsrecht den Arbeitern zu rauben, die Ausnutzung der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur seitens der Arbeitgeber durch Lohnrückläufer müssen abgewehrt werden. Das erfordert aber gute Kassenverhältnisse. Die Stärkung des Gewerksvereinsvermögens, das zur Zeit die Durchführung der Gewerksvereinsaufgaben sehr wohl ermöglicht, liegt durchaus im Interesse der Mitglieder selbst. Andererseits sind die zeitigen Einkommensverhältnisse der Arbeiter einer Erhöhung der Beiträge nicht günstig. Außerdem spielen die Leuerungsverhältnisse sowie die oft geringe Entlohnung der ungelerten Arbeiter bei der Frage der Beitragserhöhung eine wesentliche Rolle. Die Debatte endete mit der Ablehnung der Anträge auf Erhöhung der Beiträge. Die niedrigste Beitragsstufe für männliche Mitglieder von 15 Pfg. soll nach und nach aufgehoben werden. Nach dem 1. April werden in diese Stufe erwachsene männliche Arbeiter nicht mehr aufgenommen. Dafür ist eine neue Beitragsstufe geschaffen von 40 Pfg. pro Woche; die bisherige 25 Pfg.-Stufe ist beibehalten. Lokale Beiträge sollen in allen Ortsvereinen obligatorisch eingeführt werden, die bisherige Höchstgrenze der Lokalbeiträge von 10 Pfg. ist aufgehoben. Die Erziehung der Mitglieder zu größerer Opferwilligkeit ist allen Vertrauenspersonen des Gewerksvereins zur Pflicht durch die Generalversammlung gemacht. Um den Agitationseifer der Ortsvereine anzuspornen und notwendige Ausgaben für die Werbearbeit decken zu können, wurde beschlossen, die Eintrittsgelder zur Hälfte der Ortsvereine zu überweisen. Die Regelung des Unterfützungsgesetzes wurde einer Kommission überwiesen. Die Vorschläge derselben fanden die Zustimmung der Generalversammlung. Die Unterfützungslätze wurden im Einklang zu einander gebracht. Für die 40 Pfg.-Beitragsstufe ist bei Streiks eine Mietsent-

schädigung eingeführt. Den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern soll in Zukunft im Falle einer Maßregelung infolge ihrer Amtstätigkeit eine Unterfützung im Betrage von $\frac{1}{2}$ des Lohnes gewährt werden.

Die Erledigung der Vorortfrage nahm längere Zeit der Beratung in Anspruch. Die letzte Generalversammlung hatte bereits Berlin als Vorort bestimmt. Auf Beschluß einer Gesamt-Vorortvorstandssitzung ist dies nicht durchgeführt worden. Die Anträge, den Vorort in Burg zu verlegen, wurden mit 20 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Damit ist Berlin als Vorort endgültig bestimmt. Die Ueberfützung erfolgt am 1. April 1915. Das Bureau ist in das Verbandsbureau zu verlegen.

Die Organfrage entsachte eine lebhafte Aussprache. Unter voller Anerkennung der Tätigkeit des Kollegen Bahn wurde genehmigt, daß in Zukunft alles zu vermeiden ist, was den Gegnern Gelegenheit zu Angriffen wegen der religiösen Neutralität der Organisation geben kann. Die wöchentliche Herausgabe des Organs, die von verschiedenen Seiten angeregt ist, wurde einer Kommission überwiesen. Diese empfahl die wöchentliche Herausgabe der Zeitung in Form des Verbandsorgans. Die Mehrkosten würden in diesem Falle 3763 Mf. pro Jahr betragen. Die Zweckmäßigkeit eines wöchentlich einmal erscheinenden Organs wurde anerkannt. Es wurde beschlossen, einen ausführlichen Plan darüber der nächsten Generalversammlung vorzulegen. Wichtige Fragen der einzelnen Branchen sollen im Organ behandelt werden, ebenso die Arbeitsnachweisfrage.

Zur ausführlichen Besprechung gelangten die Fragen der Agitation. Die Tätigkeit der Bezirksverbände und der angestellten Bezirksbeamten sowie der Agitationsleiter hat sich bewährt. Die Wirksamkeit der Bezirksbeamten wird oft gehindert durch die Art der Aufbringung der Mittel durch die Ortsvereine. Die industriell schwach besiedelten Gebiete können schwer die nötigen Mittel aufbringen. Um diese Mängel zu beseitigen und eine größere Zahl von Außenbeamten anstellen zu können, wurde beschlossen, vom 1. April 1915 einen besonderen Beitrag von 3 Pfg. pro Mitglied und Woche als besonderen Agitationsbeitrag durch die Ortsvereine an die Hauptkasse abzuführen. Dieser Beitrag soll den Lokalkassen entnommen werden. Dadurch ist indirekt eine Beitragserhöhung angenommen, die der Vertretung der Interessen der Mitglieder und der Agitation dienen soll. Ferner soll der Hauptvorstand allgemeine Arbeitersekretariate aus Mitteln der Gewerksvereinskassen unterstützen und fördern. An dem Ausbildungskursus, der für den Herbst vom Verband der Deutschen Gewerksvereine geplant ist, sollen einige Mitglieder des Gewerksvereins teilnehmen.

Zum Schluß der Beratung der Anträge wurde das Landarbeiter-Statut behandelt. Einige Änderungen mußten abgelehnt werden. Im Interesse der Landarbeiter wurde dann noch eingehendem Referat des Landarbeitersekretärs Bulz-Greifswald folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der 12. ordentliche Delegiertentag des Gewerksvereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter ersucht den Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine auf die Gesetzgebung einzuwirken, daß die bestehenden Gesetze und Anordnungen eine den zeitgemäßen Anforderungen entsprechende Änderung erfahren. Gesetzentwürfen; ihre Ausdehnung auf alle Landarbeiter wiberstrebt den einfachsten und selbstverständlichen Redaktionsgriffen, die heute für den Arbeiter als Staatsbürger

gellen müssen. Den Sanarbeitern muß es gestattet werden, sich mittels des Koalitionsrechts zur Regelung ihrer wirtschaftlichen Lage bereinzigen zu können. Die mittelalterliche Gestaltung des Zuchtigungsrechts ist aus den Gefängnisordnungen zu entfernen, denn sie schändet unser ganzes Volk.

Alle Versuche, die bestehende Freizügigkeit aufzuheben, bedeuten einen Rückfall in die Zeiten der Sörigkeit und Leibeigenschaft und sind daher aufs schärfste zurückzuweisen. Als eines der wirksamsten, dem gesamten Staatsinteresse dienenden Mittel zur Hebung und Besserung der Sanarbeitersverhältnisse erachtet der Delegiertentag die Zerlegung der Latifundien in Kleinbäuerliche Betriebe sowie die Melioration von Oedländen und Mooren."

In der Besprechung über die Gewährung von Beihilfen in Sterbefällen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche die Mitglieder auffordert, energischer als bisher für die Volksversicherung zu wirken. Neben den eigenen Einrichtungen des Gewerkschafts und des Verbandes soll die gemeinnützige deutsche Volksversicherung A.-G. im Interesse der Volkswirtschaft, der Mitglieder und der Organisation selbst durch fleißige Arbeit gefördert werden.

Es wurden sodann die Wahlen vorgenommen. Als Beamte wurden per Affirmation gewählt die Kollegen D. Muckraich als Vorsitzender, C. Gahr als Generalsekretär und Redakteur, G. Graf als sein Stellvertreter, S. Raab als Schatzmeister, S. Schöps und G. Sonntag als Bureaubeamte. Am 1. April 1915 tritt Kollege Sahn, der dann 40 Jahre an der Spitze des Gewerkschafts steht, von seinem Amte zurück mit einem Aufschub, das die Generalversammlung in Anbetracht seiner hohen Verdienste um die Gewerkschaftsangelegenheiten einstimmig bewilligte. An seine Stelle wird der Kollege G. Graf treten. Der dann frei werdende Posten soll später ausgeschrieben werden. Als Bezirksleiter wurden wiedergewählt die Kollegen Wrede-Berlin, Schock-Briegnitz, Rhode-Stettin und Pulz-Greifswald. Kollege Grüling wird Bezirksleiter für Mitteldeutschland; seine bisherige Stelle wird ausgeschrieben. Die Beschwerverkommission erhält ihren Sitz in Halle mit dem Kollegen Wohlleben als Vorsitzenden. Die Mitglieder des Hauptverbandes wurden gleichfalls wiedergewählt, ebenso die Generalreferenten. Nach der Zerlegung des Vororts treten die Hauptverbandsmittglieder und Generalreferenten ein, die aus den Ortsvereinen Groß-Berlins heraus durch die Generalversammlung gewählt werden. Die weiteren Wahlen der Vertreter zum Zentralrat usw. ergaben eine Veränderung nicht.

Nach Erledigung der Wahlen wurde in die Verhandlungen über die Kranken- und Begräbniskasse eingetreten. (Schluß folgt.)

Sozial- und wirtschaftspolitische Fragen auf dem deutschen Handelstag.

Vor kurzem hat der deutsche Handelstag, die Zentralorganisation der deutschen Handelskammern, seine diesjährige Vollversammlung in Berlin abgehalten. Die Verhandlungen boten manch interessantes Moment. Bisher trat besonders in den Vordergrund: Die gegenwärtige Wirtschaftslage, die Sozialpolitik für die Angestellten, die Ausdehnung staatlicher Wirtschaftstätigkeit und das Verhältnis von Handel und Gewerbe zu den Parlamenten.

Ueber die augenblickliche Wirtschaftslage war man sich ziemlich einig. Die aufsteigende Bewegung ist abgeklaut, und ein gewisser Stillstand ist eingetreten. Das ist die Signatur. Man hat Zeit, sich zu verschauen. Das ist auf die Gestaltung des Geldmarktes natürlich nicht ohne Einfluß geblieben. Das Geld ist jetzt wieder bedeutend billiger geworden; das Kreditbedürfnis kann wieder zu günstigeren Bedingungen als bisher befriedigt werden. Darin liegt ein Ansporn zu einem wirtschaftlichen Aufstieg. Zum Teil macht sich das, wie ergänzend hinzugefügt sei, auch bereits vorteilhaft in der Gestaltung des Arbeitsmarktes bemerkbar. Die Nachfrage nach Arbeitskräften beginnt nach den letzten statistischen Ausweisen wieder langsam zu wachsen. Kommen nicht politische Verwicklungen, wenn auch nur kritischer diplomatischer Natur, dann darf man damit rechnen, daß die Zeit des wirtschaftlichen Stillstandes bald überwunden ist. Immerhin sind Auslands aufwändige Leistungen nicht nur auf rein militärischem Gebiet, sondern auch in volkspolitischer Hinsicht dazu angetan, daß man die Wogen des wirtschaftlichen Optimismus nicht gleich allzu hoch geben läßt. Zum Schluß dieses Abchnittes sei noch auf die Bemerkung des Staatsministers von

Sydow in seiner Rede beim Festmahle des Handelstages hingewiesen, wonach Deutschland auf dem Wege sei, ein Gläubigerstaat zu werden. Was heißt das? Unser Warenexport mit dem Auslande hat sich mit der Zeit so günstig entwickelt, daß wir, voraussichtlich schon in diesem Jahre, dem Werte nach mehr Waren ausführen werden, als wir einzuführen brauchen. Das nennt man eine aktive Handelsbilanz. Das Ausland wird also bis zu einem gewissen Grade unser Schuldner, wir seine Gläubiger. Dazu kommt, daß wir in der Lage sind, mehr und mehr Geld im Auslande anzulegen. „Wer dies vermag“, sagte der Minister mit Recht, „eröffnet damit zugleich seinen Kaufleuten und seinen Industriellen den Zutritt zu den belohenden Ländern und hält den Schuldner an goldener Kette.“ Wir sehen also, daß hier Wechselbeziehungen vorliegen.

Nach der Wirtschaftspolitik kam die Sozialpolitik an die Reihe. Man kann aber nicht sagen, daß man der Entwicklung dieses Zweiges der Gesamtpolitik ein ebenso freundliches Interesse entgegenbrachte. Zuerst waren es die Großindustriellen, die ein lautes: „Bis hierher und nicht weiter!“ riefen, dann die Kleinrenten oder Detailisten. Die Industriellen wendeten sich gegen den Patentschutz. Bekanntlich will hierin die Reichsregierung zu einem bescheidenen Teile Wünschen der Angestellten entgegenkommen. Vor allem handelt es sich dabei um eine bessere Wahrung des Erfinderrechts. U. a. sollte künftig dem Erfinder Anspruch auf die Erteilung des Patents gegeben werden. Ferner sollte die Vorlage die Vergütung der Angestellten-erfinder auf eine gesetzliche Grundlage stellen. Beides fand, neben einigen Anderen, nicht den Beifall des Handelstages, so daß man es beinahe am liebsten läßt, wenn die ganze Reform des Patentgesetzes unterbliebe. Eine umfangreiche Debatte rief die Regelung der Sonntagsruhe hervor. Hierbei ging es stellenweise recht stürmisch zu. Der Ausschuss des Handelstages hatte eine Entschließung vorgelegt, die hinter den Kommissionsbeschlüssen des Reichstages zurückblieb. Man wollte, daß 1. das Gesetz keine verbindliche Regelung für Orte mit verschiedener Einwohnerzahl treffe; daß aber 2. das Gesetz nicht nur für den Betrieb der offenen Verkaufsstellen, sondern auch für das übrige Handelsgewerbe die Arbeit an Sonntagen und Festtagen eine gewisse Zeitlang gestatte und daß 3. die für den Ladenschluß am Abend geltende Vorschrift der Gewerbeordnung („die beim Ladenschluß im Laden schon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden“) auch auf den Ladenschluß an Sonn- und Festtagen Anwendung finde. In der Aussprache erklärte u. a. der Vertreter der Hamburger Detailistenkammer unter lebhaftem Beifall, man müsse die Regierung und den Reichstag eruchen, nicht immer nur auf die Wünsche der Angestelltenverbände zu hören, sondern auch die Interessen des Handelsstandes zu wahren. Dagegen kann man mit Recht einwenden, daß die beiden Faktoren, Regierung und Reichstag, bisher noch nicht übermäßig viel Interesse der Angestelltenbewegung zugewendet haben. Gewiß die Angestellten haben in den Kaufmannsgerichten eine Sondergerichtsbarkeit gewonnen. Sodann hat man die Privatbeamtenversicherung eingeführt. Aber hier läßt sich schon die Konkurrenzkaufverträge nicht vom Fleck. Und die beiden anderen in Betracht kommenden Gesichtspunkte: die Reform des Patentgesetzes zugunsten des Angestelltenfinders und die Frage der Sonntagsruhe sind, wie wir sehen, so stark bekritten worden und bleiben in ihren Vorlagen noch so weit hinter den Wünschen der Angestelltenkreise zurück, daß sie im besten Falle eine Abschlagzahlung bedeuten können. Und wo bleibt ein einheitliches Angestelltenrecht? Wo ein wirklicher Schutz des Koalitionsrechtes der Angestellten? Um den alten Mittelstand, die kleinen Gewerbetreibenden und die Handwerker, bemühen sich fast alle Parteien geradezu rührend und drängen dieser Kategorie allerhand nützliche und unnütze Hilfsmittel auf, um sich nur ja als Mittelstandesretter aufspielen zu können. Wenn aber der aufstrebende, der Zahl nach mächtig anwachsende neue Mittelstand, die Privatbeamten aller Art, den Mund aufstun und in der Sozialpolitik auch sich in Erinnerung bringen, gleich wird heftig abgewinkt. Doch muß andererseits anerkannt werden, daß auf dem deutschen Handelstage auch die Befürworter einer völligen Sonntagsruhe, wie sie ja von den Angestelltenverbänden einmütig vertreten wird, zu Wort kamen. Leider blieben diese Redner aber in der Minderheit.

Saß einmütig wandte sich der deutsche Handelstag dagegen wider die immer weitere Ausdehnung staatlicher wirtschaftlicher

Tätigkeit. Unmittelbaren Anlaß gab dazu die Propaganda der öffentlich-rechtlichen Volksversicherung. Die Frage selbst ist hier ja schon öfters erörtert worden. Bekanntlich handelt es sich dabei um ein von den Staats- und Provinzialbehörden auf alle mögliche Weise gefördertes Konkurrenzunternehmen gegen die Deutsche Volksversicherung Aktien-Gesellschaft, der auch die Deutschen Gewerkschaften angeschlossen sind, und die sozialdemokratische „Volksfürsorge“. Die öffentlich-rechtliche Lebensversicherung ist aus großagrarischen Kreisen hervorgegangen und ist in Esthland, in Ostpreußen, geboren. Inwiefern der laut gewordene Vorbehalt, daß damit in erster Linie agrarischen Kreditbedürfnissen gedient werden soll, gerechtfertigt ist, wird noch die weitere Zukunft lehren. Immerhin ist es verständlich, wenn der Handelstag gegen die immer weiter fortschreitende Verstaatlichung oder Kommunalisierung von Zweigen der Privatwirtschaft einmal vernehmlich Einspruch erhebt. Um so mehr, wenn mit diesem zunehmenden Staatssozialismus nicht auch eine größere Anteilnahme des Volkes an der Verwaltung der staatlichen Organe Hand in Hand geht. Das ist aber keineswegs der Fall. Im Gegenteil. Die Bureaokratie wächst ins Unheimliche. Die Selbstverwaltung aber wird in der Praxis, wo es nur angeht, beschnitten. Man denke nur an die Rückwärtsentwicklung der Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Reichsversicherungsbildung!

Gegen die bürokratische Behandlung der Fragen des Handels, des Gewerbes und der Industrie richtete sich auch ein anderer Antrag des Ausschusses des Handelstages. Man behauptete es zunächst, daß die gewerblichen Kreise zu wenig Fühlung hätten mit dem Reichstage. Deshalb sei der Reichstag oft auch nicht genügend unterrichtet. Aus diesem Grunde verlangt der Handelstag, daß man die gewerblichen Körperschaften rechtzeitig mit der Vorbereitung der wirtschaftlichen Gesetzentwürfe beauftragt und daß man ihre Wünsche zu einer Gesetzesvorlage dieser selbst beifügt. Ferner fordert der Handelstag, daß zu den Verhandlungen der Reichstagskommissionen auf Wunsch der großen zentralen Wirtschaftsbünde Gewerbetreibende, die in diesen Verbänden bestimmt werden, als Sachverständige mit beratender Stimme zugezogen werden. Man sieht, die Wünsche gehen ziemlich weit. Wenn die Organisation an der Arbeiter mit gleichen Ansprüchen auftreten würden, wer weiß, ob auch sie in weiten Kreisen ein so bereitwilliges Ohr finden würden. Uns scheint diese Forderung ihrer weitgehenden Konsequenzen halber, die der Reichstag leicht zu einer halben Art Ständvertretung machen könnte, recht bedenklich. Wir meinen, daß im Reichstage und in den anderen Parlamenten schon jetzt reichlich genug Sonderinteressenpolitik getrieben wird. Soll das nun noch eine gesetzliche Sanction erhalten? Umgekehrt muß der Weg sein. Und der führt, so selbst in diesem Zusammenhangsangelegenheiten, zu einer Reform des preussischen Wahlrechts. Erst die Vormacht im preussischen Landtage sichert gewissen kleinen Schichten unseres Volkes einen derartigen Einfluß auf den Gang der Gesetzgebungsmaschine, daß sie ihre Interessen rücksichtslos geltend machen können. Ein altes Sprichwort sagt: Alle Wege führen nach Rom. Und so kann man fortfahren: Alle Wege zur Beseitigung einer reinen Interessenpolitik, zur organischen Fortentwicklung unseres Sozial- und Wirtschaftslebens und weiter unseres gesamten staatlichen Organismus laufen immer wieder auf eine Reform des preussischen Wahlrechts hinaus. Hier muß der Hebel angelegt werden, wenn es vorwärts gehen soll, an der Wurzel des Übels, nicht an der Baumkrone. Erich Dombrowski-Leipzig.

Baumarkt und Wirtschaftsleben.

Zu der ungünstigen Gestaltung des Wirtschaftslebens hat in nicht geringem Grade das Darniederliegen des Baumarktes beigetragen. Dies trifft namentlich auf die Großstädte und hier wieder in besonderer Weise auf Berlin zu. Zu dem ungünstigen Geschäftsgang auf dem Baumarkt haben verschiedene Ursachen mitgewirkt. Zunächst der teure Geldstand der letzten Jahre und der Ueberfluß an Wohnungen, der vielfach hervortrat, dann aber gewiß auch die durch die Spekulation herbeigeführte Verteuerung der Baugrundstücke und die verschiedenen Anzeichen, die ein allgemeines Nachlassen des geschäftlichen Lebens andeuteten. Die Verbilligung des Geldes und auch so manche Ankündigungen während der letzten Monate ließen erwarten, daß im Baugewerbe

nieder (parten kurze Ze zu etwa den mu staatliche erhält ung; a Fabrik- nimmer unter d wieder t Scharen Deutschl dejen's forderu Arbeiter Die ist von a es a m wönige Arbeits- gerberde. macht i seinen E merktbar. Dieferan Kalkföhen Solhan Wöhren- verbafabri alle sind vom Ge besond portweg zur Eise gewerbe muß da das Dr wirken. für Ste macht, d Volkföhr lie alle markt's dem Ba get, w zum A muß die Arbeiter natürlid auch an der Arb ben des Wor die Lag für den ionderer kommen im Bau men i Glaser, Waler, mehen, noch ni zum W lich ein Berufe a sich Brauer Produkt günstig Veröin nahm e samme Liebha Verhä alle ar gewie Veiper nehme Bouar oblag und Stauff; darun Nühru eine ihrer ungu mal u den u U schlech daß si fern

wieder eine Zeit flotten Geschäftsganges zu erwarten sei, und vorübergehend, freilich nur für kurze Zeit, war dies auch der Fall. Jetzt ist aber bereits ein Rückschlag eingetreten, und so ist leider zu erwarten, daß auch im laufenden Jahre von neuem mit einer flauen Bautätigkeit gerechnet werden muß. Zwar haben vielfach städtische und staatliche Behörden Bauaufträge gegeben; dadurch erhält so manches Laufend Bauarbeiter Beschäftigung; aber wenn der Bau von Wohnhäusern, von Fabrik- und Geschäftshäusern weiter stagniert, ist immer noch mit einer bedeutenden Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern zu rechnen, zumal jetzt wieder die Zeit heranrückt, während der große Scharen von ausländischen Bauarbeitern nach Deutschland kommen. Es wäre deshalb zumindestens bei staatlichen und städtischen Bauten die Forderung zu stellen, daß dabei nur einheimische Arbeiter beschäftigt werden dürfen.

Die Art des Geschäftsganges im Baugewerbe ist von außerordentlicher Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben; denn es gibt nur wenige Gewerbe, die direkt und indirekt so viele Arbeitskräfte in Bewegung setzen wie das Baugewerbe. Mehr noch als andere Gewerbegebiete macht ein schlechter Geschäftsgang im Bauhof seinen Einfluß bis in die entferntesten Bezirke bemerkbar. Zunächst kommen die allerersten Lieferantengewerbe in Betracht. Steinbrüche, Kalköfen, Sandgruben, Eisenhütten, Ziegeleien, Holzhandlungen, Schieferbrüche, Densfabriken, Möbelfabriken, Glasbläsen, Zementfabriken, Farbenfabriken und noch andere Unternehmungen; sie alle sind ausschließlich oder zu einem guten Teil vom Geschäftsgang im Baugewerbe abhängig. In besonderem Umfange hängt weiter das Transportgewerbe, vom Lohnfuhrwerker angefangen bis zur Eisenbahn, vom Baumarkt ab. Da das Baugewerbe sehr schwere Materialien verbraucht, so muß das Darniederliegen des Baugeschäftes auf das Transportgewerbe auch besonders stark einwirken. Der einfache Bauer, der für Ziegeleien, für Steinbrüche und Kalköfen Gelegenheitsfahrten macht, der Fuhrherr, dessen Betrieb meistens auf Lastfahrten eingerichtet ist, und der Binnenidiffer, die alle müssen bei der heutigen Lage des Baumarktes mit vermindertem Verdienste rechnen. Bei dem Bauer, dem es an Gelegenheitsfahrten mangelt, wird dies in einem herabgesetzten Konium zum Ausdruck kommen; der Lohnfuhrherr aber muß die Zahl seiner Arbeitskräfte verringern und Arbeiter und Fuhrer entlassen. Ebenso macht natürlich die geringe Bautätigkeit ihren Einfluß auch auf dem Arbeitsmarkte der Ziegler und aller der Arbeiter geltend, die in den Lieferantengewerben des Baugewerbes tätig sind.

Womöglich von noch größerer Wichtigkeit ist aber die Lage des Baumarktes für die Gewerbe, die für den Baumarkt keine Rohmaterialien liefern, sondern die in anderer Weise dabei in Betracht kommen, alle die Gewerbe, die als Hilfsgewerbe im Bauwesen betrachtet werden können. Da kommen in Frage verschiedene Solgarbeiterberufe, Glaser, Bauschlosser und Baupfleger, Töpfer, Maler, Holzleger, Stukkateure, Steinleger, Steinmetzen, Bildhauer usw. Für alle diese Berufe ist noch nicht an eine Besserung des Arbeitsmarktes zu denken, wenn im Bauwesen keine Wendung zum Besseren eintritt. Darüber hinaus muß natürlich ein ungünstiger Geschäftsgang, der so viele Berufe umfaßt, auch weiterhin ungünstig auf das gesellschaftliche Leben einwirken. Verschiedene Brauereien haben den verringerten Absatz ihrer Produkte während der letzten Jahre mit dem ungünstigen Geschäftsgang in den Bauberufen in Verbindung gebracht. Nun braucht man durchaus nicht anzunehmen, die Bauarbeiter seien alle zusammen oder auch nur im Durchschnitt allzu große Liebhaber des Bieres. Aber wie nun einmal die Verhältnisse liegen, daß die Bauarbeiter mehr als alle anderen Arbeiter auf den Bierschub angewiesen sind, wenn sie ihr Frühstück und Speisebrot beziehen wollen, so ist wohl anzunehmen, daß die große Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern nicht ohne Einfluß auf den Bierabsatz bleiben kann. Aber auch andere Gewerbe und Geschäftszweige, die kleinen Kaufleute, die Kaufhäuser und viele andere Geschäfte müssen darunter leiden. So klagte jetzt in Berlin die Fuhrwerksunternehmer beim Umzugsstermin über eine außerordentlich geringe Inanspruchnahme ihrer Fuhrwerke. Auch Leute, die früher beim Umzug einen Möbelwagen benutzten, haben diesmal ihren Umzug selbst oder mit einigen Freunden und Bekannten bewerkstelligt.

Ueberblickt man demnach die Wirkungen einer schlechten Baukonjunktur, so kann gesagt werden, daß sie selbst noch in ganz entfernt liegenden Dörfern zu merken sind. Es ist deshalb auch kaum zu

erwarten, daß wir wieder eine aufsteigende Wirtschaftskonjunktur zu eröffnen haben, so lange in den Verhältnissen des Baumarktes keine Besserung eintritt.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 31. März 1914.

Die Konkurrenzklause, die am Freitag den Gegenstand der Beratungen im Reichstage bilden sollte, ist noch einmal vertagt worden. Ueber zwei Jahre ist es her, daß die Reichsregierung ihren Entwurf eingebracht hat. Zahlreiche Sitzungen haben stattgefunden, um zu einer Einigung über die vielumstrittene Frage zu gelangen, aber alles ist bisher vergeblich gewesen. Die zur Beratung der Konkurrenzklause eingesezte Kommission war nach langwierigen Verhandlungen zu bestimmten Vorschlägen gelangt, die sicherlich auch im Reichstage Annahme gefunden hätten. Aber mit der Regierung bestanden insbesondere über drei Punkte tiefgehende Differenzen. Während die Kommission den Handlungsgesillen für die Dauer der Geltung der Konkurrenzklause eine Entschädigung in Höhe der Hälfte des entgangenen Gehalts gewähren will, ist die Reichsregierung der Meinung, daß den Handlungsgesillen nur ein Drittel gewährt werden dürfe. Weiter hatte sich die Kommission dahin geeinigt, daß die Konkurrenzklause erst von 1800 Mk. an kommen an zugelassen werden sollte. Die Regierung will die Grenze bei 1500 Mk. Jahresinkommen ziehen. Endlich hat die Kommission beschlossen, daß bei der Vereinbarung einer Konventionalstrafe nur die Erfüllung der Konkurrenzklause.

In der Freitagssitzung des Reichstages erhob sich nun vor der Debatte der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums Dr. Lisso und erklärte, daß die Reichsregierung sich allenfalls damit einverstanden erklären könne, daß die Entschädigung der Handlungsgesillen während der Dauer der Konkurrenzklause auf die Hälfte des Gehalts erhöht wird. Den beiden andern Beschlüssen der Kommission gegenüber müßte aber die Regierung ein entschiedenes „Non a n e h m d a r“ entgegensehen. Er knüpfte daran noch einige Worte des Bedauerns, wenn die Vorlage scheitern sollte, weil damit auch die Regelung der Verhältnisse der technischen Angestellten in immer weiterer Ferne gerückt werde.

Wir wollen auf die Gründe der Regierung hier nicht näher eingehen. Es will uns aber scheinen, daß mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Frage und mit Rücksicht auf die darauf verwandte Zeit ihr Standpunkt ein überaus feindselig ist. Indessen man muß sich zunächst damit abfinden. Und das hat auch der Reichstag getan. Er wollte die Verantwortung nicht dafür tragen, daß nun überhaupt nichts für die Handlungsgesillen auf diesem Gebiete geschieht. Er wollte, daß die beteiligten Kreise noch einmal zu der gegebenen Situation Stellung nehmen und hat deswegen zunächst die weitere Beratung der Konkurrenzklause vorlage von der Tagesordnung abgesetzt. Gegen diese Behandlung sträubten sich allein die Sozialdemokraten aus rein agitatorischen Gründen. Hätte nämlich die Regierung an diesem Standpunkt festgehalten, so wäre das Gesetz gescheitert, und man hätte dann hinausgehen können in die Kreise der Handlungsgesillen und die mit Recht dort herrschende Unzufriedenheit gehörig für sich ausnützen können.

Welches Gesicht das Gesetz bekommen wird, läßt sich zunächst noch nicht sagen. Von einer Erfüllung aller Wünsche der Handlungsgesillen wird nicht die Rede sein können. Sie müssen sich mit einer Abschlagszahlung begnügen, über deren Höhe eben noch Unklarheit herrscht. Wenn sie nicht gar zu klein ist, so meinen wir, fahren die Angestellten besser damit, als wenn sie gar nichts erhalten.

Einem neuen Generalsekretär wird vom 1. April an unser Gewerbeverein der Deutschen Töpfer haben. Der durch den Tod des Kollegen Lange erledigte Posten ist durch den Kollegen Friedrich Reppeler besetzt worden. Der neue Generalsekretär ist kein Neuling in der Gewerkevereinsbewegung. Allerdings im Gewerbeverein der Töpfer hat er sich noch nicht betätigt, aber im Gewerbeverein der Fabrik- und Sandarbeiter hat Kollege Reppeler schon seit vielen Jahren eine führende Stellung inne gehabt. Zuerst war er Beamter in Augsburg und dann seit mehreren Jahren in Waldeburg i. Schl. Kollege Reppeler hat es verstanden, sich das Vertrauen der Mitglieder in vollstem Maße zu erwerben. Ja, die Tatsache, daß er zum Generalsekretär des Gewerbe-

eins der Töpfer berufen worden ist, beweist, daß seine Tätigkeit über den Kreis der eigenen Gewerkevereinskollegen hinaus gewürdigt worden ist.

Für seinen neuen Posten ist er auch durch seinen Vorur durchaus geeignet, Reppeler ist gelernter Töpfer, so daß er auch über die nötige Fachkenntnis vollständig verfügt. Wir wünschen ihm von ganzem Herzen, daß ihm in seinem neuen Amt, das ihm sicherlich viel Arbeit bringt, auch reiche Erfolge beschieden sein mögen. An der nötigen Arbeitsfreudigkeit und Energie wird es ihm sicherlich nicht fehlen, und so hoffen wir, daß sich der Gewerbeverein der Töpfer auch in der Zukunft kräftig entwickeln wird. Daß Kollege Reppeler nach wie vor ein treuer Freund der Verbandsgemeinschaft bleiben wird, steht für uns außer Zweifel. Also viel Glück auf den Weg!

Der Friede zwischen Krankenkassen und Ärzten scheint nun auch endlich in Breslau eingeleitet zu sein. Zwischen den streitenden Parteien ist ein Vertrag zustande gekommen, nach dem die sogenannte beschränkt freie Arztwahl zur Durchführung kommen wird. Die Zahl der Ärzte ist auf 110 festgesetzt worden, unter denen die Patienten nunmehr wählen können. Auf etwa 1000 Kassenmitglieder kommt ein Arzt. Bei Erhöhung der Mitgliederzahl der Ortskrankenkasse wird eine entsprechende Erhöhung der Zahl der Ärzte vorgenommen. Der Vertrag soll einstweilen bis zum 1. Januar 1916 gelten. Zur Abfindung der ärztlichen Notthäter zahlen die Ärzte pro Kopf und Woche 10 Pf., die Kassen 5 Pf.

Arbeiterbewegung. Unverändert nimmt der Kampf auf den Linke-Soffmann-Werken in Breslau seinen Fortgang. — Die Bewegung im Berliner Brauereigewerbe ist an einem Wendepunkt angekommen. Die Brauereien haben zwar nicht unerhebliche Zugeständnisse gemacht. So soll der Wochenlohn für sämtliche Arbeiter mindestens 30 Mk. betragen. Auch sonst ist bezüglich der Verdienste Entgegenkommen gezeigt worden. Der Baustrunk soll mit 16 Pf. pro Liter bis zum Söchtnaß von 4 Liter pro Tag abgelöst werden. Die Entschädigungen auf Grund des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches sollen erhöht werden. Auch bezüglich des Urlaubs und der Sonntagsarbeit wurden manderlei Zugeständnisse gemacht. Die Brauereien verlangen, daß der auf obiger Grundlauge aufgebauete Tarif auf 5 Jahre abgeschlossen werden muß, auf weitere Verhandlungen wollen sie sich nicht einlassen, von einer Verkürzung der Arbeitszeit könne nicht die Rede sein. Eine sehr stark besuchte Brauereiarbeiterversammlung lehnte am Sonntag die Vorschläge der Brauereien mit 2566 gegen 1230 Stimmen ab. Damit dürfte jedenfalls der Kampf beginnen, wenn auch den Arbeitern seitens der Lohnkommission ans Herz gelegt wurde, keinerlei eigenmächtige Schritte zu unternehmen, sondern die Anweisungen der Organisation abzuwarten. In Grenchen (Schweiz) sind die Uhrenarbeiter noch immer ausgesperrt. Zahlreiche Gemeinden haben ihnen Unterstützung bewilligt. — In mehreren größeren Städten der Schweiz droht ein Streik der Schneidergesellen auszubrechen, weil ihre Forderungen auf Lohnhöhung abgelehnt worden sind. Die Unternehmer wollen aus dem Auslande Ersatz für die Streikenden heranschaffen. Dieser Plan darf natürlich nicht unterstakt werden. — In London haben die Elektrizitätsarbeiter beschlossen, in den Ausstand zu treten.

Die Gründung einer Zahlstelle der Brauer in Stade, über die wir kürzlich berichteten, hat es den „Genossen“ angetan. Im sozialdemokratischen Harburger „Volkshaus“ wird unsere Mitteilung als Falschheit hingestellt und den Gewerkschaftern ans Herz gelegt, diese „Gründung“ nicht erst lebensfähig werden zu lassen“. Soll das etwa heißen, daß die Verbändler nun mit den bei ihnen üblichen Waffen des Terrorismus unserer Zahlstelle anschlagen? Fast Klingt es so. Das wird hoffentlich die Kollegen, die zu uns den Weg gefunden haben, nicht hindern, nun erst recht für ihre Organisation einzutreten und darauf hinzuwirken, daß recht viele Brauergesellen sich unserer Zahlstelle anschließen. Je stärker die Zahl der Gewerkevereine ist, umso leichter wird es sein, dem Uebermut der „Genossen“ den gehörigen Dämpfer aufzusetzen.

Bei andern eine Grube gräbt. Wie in Bayern, so versuchen die Christlichen auch in Württemberg die Agitation für ihre Eisen-

